



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für **Arbeit, Frieden, Umweltschutz**

Nummer 134

Wilhelmshaven

Mai 1996

DIE NORDSEEPASSAGE: EINE STÄDTEBAULICHE TODSÜNDE!

WILHELMSHAVENS BÜRGER/INNEN SEHNEN SICH NACH
IHREM ALTEN BAHNHOF ZURÜCK



Inhalt:

Der Konkurs der Beta-Raffinerie zeigt, daß das Beta-Fundament auf tönernen Füßen steht. Wie das Raffinerie-Schiff wieder flott gemacht werden soll, darüber sprachen wir mit Hans van Weelden - Seite 3

Geschäft und Politik sind ein und dasselbe, so lautet die Philosophie eines SPD-Ratsmitgliedes, der seinen Seeräuberhort am Südstrand etwas aufpeppen will. Wie er seine Philosophie in der Praxis anwendet, beschreiben wir auf Seite 4

"Jeder einzelne muß genau wissen: Fahnenflucht kostet den Kopf." (Dönitz-Erlass) Das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven will den Opfern der Nationalsozialistischen Militärjustiz ein Denkmal setzen. Weitere Informationen dazu auf Seite 5

VIELE KULTUREN - EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance

Der Störtebeker-Park an der Freiligrathstraße fristet in Wilhelmshaven ein Schattendasein. Über die Zukunft des Parks berichten wir auf Seite 6

Auf Seite 10 bringt Oberbürgermeister Menzel in einem GEGENWIND-Gespräch seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß viele WilhelmshavenerInnen den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen Glauben schenken. "Hinterlegte Lügen" haben wir den Artikel überschrieben

Zum dritten Mal geht es im GEGENWIND um den Austritt mehrerer Personen aus dem Bündnis 90/Die Grünen. Auf Seite 13 nimmt Andreas Koût ausführlich Stellung zu den von Werner Biehl im letzten GEGENWIND aufgestellten Behauptungen.

Nachrichten

DIE TSCHERNOBYLKATASTROPHE

ist Thema einer Ausstellung, die derzeit in der Galerie M gezeigt wird und an der sich mehrere Wilhelmshavener Künstler beteiligen. So gut wie ohne Beteiligung der örtlichen Politprominenz (Ausnahme: Bernhard Rech, CDU) eröffnete die Landesumweltministerin Monika Griefan (SPD) die Ausstellung anlässlich des zehnten Jahrestages der Atomkatastrophe in der ehemaligen Sowjetunion. Die Galeristin Christa Marxfeld äußerte sich gegenüber dem Gegenwind "verwundert und enttäuscht", daß sich kein offizieller Vertreter der Stadt an der einzigen (!) Veranstaltung in Wilhelmshaven zur Erinnerung und Mahnung an die Reaktorkatastrophe in der Galerie M in der Kanalstraße eingefunden hatte. Monika Griefan machte in ihrer Eröffnungsrede die Gefahren der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie deutlich und erinnerte an die Opfer des Super-Gaus in Tschernobyl. Die jetzt anstehenden Castortransporte quer durch Niedersachsen mit Atommüll aus Frankreich erwähnte Griefan zur Verwunderung vieler Galeriebesucher mit keinem Wort. (ub)

NATURATA

Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58



DER UNS STETS

wohlgesonnene Oberbürgermeister Eberhard Menzel ist jetzt bei uns als Werbefachmann aktiv. Sein Erstlingswerkstellte er am 17.4.96 vor großem Publikum und Presse in den heiligen Hallen des Rathauses vor: "Das Blatt, das keiner kennt, das aber alle lesen." Bravo, Eberhard, weiter so! Irgendwann wirst Du einen Deiner Werbesprüche auf dem Cover des Gegenwind lesen können! (hk)



NEUE BESEN

- so sagt der Volksmund - kehren gut. Hiersoll nicht die Rede sein vom Trainerwechsel in südlichen Gefilden. Bekanntlich hat auch die Führungsriege des Wilhelmshavener Tierheims fast komplett gewechselt. Durch eine jetzt nach der Umstrukturierung der Chefetage erfolgte Kündigung einer Tierpflegerin, die ihren Arbeitsvertrag noch von Frau Iken erhalten hatte, erfuhren wir von den erheblichen personellen Konsequenzen, die die unrühmlichen Vorgänge im Wilhelmshavener Tierheim nach sich zogen. In einem Gespräch mit dem Gegenwind wies die neue 1. Vorsitzende Helga Leerhoff den Vorwurf einer jetzt gekündigten Tierpflegerin, daß ihre Kündigung lediglich im Zusammenhang mit einem "guten Verhältnis zur ehemaligen 1. Vorsitzenden Heidi Iken" stehe, zurück. Leerhoff gegenüber dem Gegenwind: "Der Verein hat im vergangenen Jahr über 300 000.- DM minus gemacht... Der alte Vorstand hatte von der Stadt die Aufforderung bekommen, Personal zu reduzieren... Es sind mehrere Mitarbeiter entlassen worden. Das Tierheim braucht keine Putzfrau. Das haben in früheren Zeiten die Tierpflegerinnen hier auch übernommen." Nicht verzichten will Leerhoff jedoch auf langjährige MitarbeiterInnen, die unter der Regentschaft von Heidi Iken mehr oder weniger freiwillig das Handtuch geworfen haben. "Gegen Frau Marschner ist von Seiten Mutter und Tochter Iken Mobbing betrieben worden. Frau Marschner ist eine hochqualifizierte Kraft..., die hab ich mir wieder reingeholt." (Leerhoff) Im übrigen drücken nicht nur personelle Probleme. Denn, so Leerhoff: "Mir steckt die Staatsanwaltschaft und die Polizei im Rücken. Das Finanzamt sitzt uns auf der Pelle." Der Neuanfang steht somit wohl noch auf unsicheren Beinen. Helga Leerhoff: "Ich habe seit Antritt meines Amtes einen Juristen zur Seite, der uns vereinsmäßig jetzt begleiten wird. Ich werde ohne Juristen hier nichts machen". (ub)

KEINE AUSLÄNDER

möchte der Bürgerverein Bant in seinen Reihen haben. Der langjährige Vorsitzende des türkischen Vereins und Inhaber zahlreicher ehrenamtlicher Tätigkeiten, Kazim Eryasar, stellte am 1. April 1996 einen Aufnahmeantrag in eben diesen Bürgerverein Bant. Denn Bant ist schließlich seit vielen Jahren der Wohn- und Lebensmittelpunkt von Herrn Eryasar und seiner Familie.

Der Antrag wurde vom Bürgerverein auch prompt bearbeitet. Bereits am 5. April bekam er Post vom Verein. Kurz und bündig heißt es darin:

Sehr geehrter Herr Kazim! Ihr Antrag auf Aufnahme vom 1. April 1996 in den Bürgerverein Bant von 1881 e.V. ist abgelehnt worden. Hochachtungsvoll Felix Haubrich, 1. Vorsitzender (Anbei Ihr Aufnahmeformular zurück)

Das ist ja ein feiner Bürgerverein mit einem feinem Vorsitzenden! (hk)

INTEUFELSKÜCHE

kam der SPD-Ratsherr Walter Heide auf der Ratssitzung am 17.4.96, als er im Namen der SPD-Fraktion den Antrag stellte, daß nur der SPD-Abschlußbericht (zum Ausschuß für besondere Angelegenheiten) als zutreffend beschlossen werden solle. Der von Udo Bergner verfaßte Antrag wurde Walter Heide im Beisein der Ratsmitglieder Menzel, Bergner und Trenne von Parteichef Schmidt übergeben. In einem Brief "An alle Mitglieder der SPD/FDP-Gruppe" schreibt Walter Heide dazu: "Jeder in der Fraktion weiß, daß ich übernommene Aufgaben auch durchführe, weiterhin halte ich es für einen unhaltbaren Zustand, wenn man gegenüber Anträgen des eigenen Fraktionsvorstandes grundsätzlich mißtrauisch sein müßte."

Nun, der Antrag war gestellt, aber nach der Rede von OB Menzel schwebte ein Geist von kollektiver Betroffenheit durch den Ratssaal, es wurden Rufe laut: "Unverschämtheit", "Heuchelei", "Skandal" (WZ). Tränen flossen. Die Prügel bekam Walter Heide, der den Antrag schließlich, wohl ohne Vorstandsbeschluß, zurückzog.

Der Antrag war sicherlich in seiner Formulierung eher dumm, aber nun muß die SPD damit leben, daß auch das CDU-Papier zum Trögel-Ausschuß für bare Münze genommen werden muß. (hk)

WIE VOR JEDER KOMMUNALWAHL

beginnt sich auch in diesem Jahr das Personalkarussell in der Stadtverwaltung zu drehen. Die erste Frage, die sich dabei stellt, ist, ob sich die Anzeichen bewahrheiten, daß Oberstadtdirektor Schreiber in nicht all zu weiter Ferne in den wohlverdienten Vorruhestand geht. Brisant wird's allerdings bei Stadtdirektor Wolfgang Frank und Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek. Aus der kräftig dampfenden Gerüchteküche war zu hören, daß beide noch vor der Kommunalwahl vorzeitig wiedergewählt werden sollen. So ganz sicher ist man sich bei der SPD wohl nicht, daß es auch diesmal wieder zur Regierungspartei reicht. (hk)

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
 Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
 Druck: Beta-Druck
 Auflage: 5.200 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 8.5.1996
 Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:
 Mitte Juni 1996

.....

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

PROPHET IM KONKURS

SCHLITZOHR VAN WEELDEN, CHEF DER BETA-RAFFINERIE, BOO-TET STREITHÄHNE AUS

(hk) Knapp 6 Jahre nach dem Kauf der Mobil-Raffinerie durch Beta mußte Johan Anton (Hans) van Weelden Konkurs anmelden. Der Gegenwind (und andere Kritiker der Wiederinbetriebnahme durch Beta) warnten schon damals vor den undurchsichtigen Strukturen bei Beta. Der Verdacht, daß da jemand die Raffinerie in Betrieb nehmen wollte, um ordentlich abzuzocken, scheint sich zu bestätigen. Der Gegenwind sprach mit Johan Anton van Weelden über den Konkurs und über die Zukunft der Beta-Raffinerie.

GEGENWIND: Beta steht mal wieder in den Schlagzeilen - diesmal geht es um den Konkurs der Raffinerie. Was ist los bei Beta?

Van Weelden: Wir haben beschlossen, daß Beta einen Konkursantrag stellt. Das heißt, Beta ist jetzt in einem Konkursverfahren - die Gläubigerversammlung findet am 14. Mai statt. Der Betrieb geht weiter bis zu einem Verkauf der Anlage. Die Louis Dreyfus-Gruppe bleibt bis zum 31. 12. 96 Betreiber der Raffinerie - als Sequester wurde Herr Edgar Gründaus Bremen bestimmt. Bis zum Ende des Jahres ist noch alles mit Dreyfus geregelt - der Lohn, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld.

Es gibt bereits Interessenten, und wir werden mit der Investmentbank die Verkaufsgespräche führen. Wir suchen einen Investor, der endlich das investiert, was wir brauchen, um die Raffinerie in die nächsten Jahrzehnte führen zu können.

GEGENWIND: Wer könnte, angesichts der Überproduktion auf dem Markt, ein Interesse am Kauf der Raffinerie haben?

Van Weelden: Wir werden gemeinsam einen seriösen Käufer finden, jemanden, der mehr will, als nur diese Raffinerie zu betreiben.

GEGENWIND: Sie haben sicherlich den Aufsatz von Thomas Ukert (ehemals ESSO) in der WZ vom 25. April gelesen. Ukert stellt darin die provozierende Frage, ob Beta zum zweiten Leuna wird.

Van Weelden: Er sieht Leuna, und ich kann da nur kommentieren, daß für einen Bruchteil der Kosten von Leuna - das sind 500 Millionen Mark - hier das gleiche hätte entstehen können. Hätte die Politik und die Presse, und damit meine ich auch den Gegenwind, damals hinter van Weelden gestanden, als es um den Bau einer Produktenpipeline nach Leuna und Buna ging, dann hätten wir das ganze Debakel nicht. Ich hatte hundert Prozent recht - lesen Sie mal nach, was van Weelden damals gesagt hat.

GEGENWIND: Wir haben damals die Entscheidung für Leuna ganz klar als politisches Signal im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost bezeichnet.

Der Prophet zählt nichts im eigenen Land

Van Weelden: Das ist Leuna - heute muß der Steuerzahler dafür teuer bezahlen. Leuna ist ja nicht nur teuer geworden, auch die Verspre-

chungen wurden nicht eingehalten. Es wurden 2000 Arbeitsplätze versprochen, entstanden sind aber nur 500! Das Ende dieser Misere, das können Sie auch im Spiegel nachlesen, ist, daß die Raffinerie in Leuna mit Verlust arbeiten wird - die können gar keinen Gewinn machen! Die von mir vorgeschlagene Produktpipeline - die hätte Arbeitsplätze gebracht und wäre volkswirtschaftlich die richtige Entscheidung gewesen. Das war eine Prophetie - aber Propheten werden im eigenen Land nie erkannt - und diese Prophetie hat genau gepaßt.

GEGENWIND: Der Osten war damals eine Hoffnung für Beta. Wohin verkauft Beta seine Produkte jetzt, wo der Osten ausgefallen ist?

Van Weelden: Wir sind noch immer nicht in der Lage, unsere Produkte in der Bundesrepublik abzusetzen. Unser umweltfreundlicher City-Diesel geht in den Export, in die Schweiz, nach Skandinavien, nach England. Warum nicht in die Bundesrepublik? Weil die Gesetze noch nicht verabschiedet sind, die einen Einsatz dieses beinahe schwefelfreien Treibstoffs möglich machen, weil die von den großen Ölgesellschaften verhindert werden. Da brauche ich politische Unterstützung. Auch das ist eine Prophetie: Die Bundesrepublik wird sich auf diese Produkte umstellen - aber nicht dann, wenn die Politik es möchte, sondern dann, wenn die Großindustrie, wenn der Mineralölwirtschaftsverband es will!

GEGENWIND: Eingangs beschrieben Sieden Weg, wie die Raffinerie gerettet werden soll. Banken, Konkursverwalter, neuer Käufer - alles ganz einfach, das wird schon laufen. Glauben Sie das wirklich?

Van Weelden: Das ist unser Vertrauen in die Zukunft, unser Vertrauen in unsere eigene Kraft!

GEGENWIND: Welche Interessenten gibt es, und was haben diese Interessenten für Interessen?

Van Weelden: Es gibt Interessenten, und deren Interessen werden wir mit den Banken und dem Konkursverwalter genau prüfen. Mit den jetzigen Eignern geht es jedenfalls nicht weiter.

GEGENWIND: Mit beiden Gruppen nicht?

Van Weelden: Mit beiden Gruppen nicht. Die sind raus! Die werden ihr Geld aus dem Verkaufserlös der Raffinerie bekommen.

DER TOD IST FARBENBLIND !



Kriegsdienstverweigerung - Dein Grundrecht !

KDV - Treff

**Dienstage ab 20 Uhr im Tarish
Börsestraße, Wilhelmshaven**

GEGENWIND: Warum sind die denn ausgestiegen?

Van Weelden: Weil ich Konkurs angemeldet habe, weil ich uns zahlungsunfähig gemeldet habe. Die beiden haben sich vor fast allen Gerichten gestritten, und jetzt ist Schluß! Wir haben jetzt das Steuer selbst in die Hand genommen. Ich bin zum Gericht gegangen und habe gesagt: "Gericht, schützt uns!", und das haben die getan.

Wir haben einen Prozeß verloren, in dem die Richter in Oldenburg einen so hohen Streitwert angesetzt hatten, den ich nicht bezahlen konnte. Dreyfus sagte, daß auch sie die Gerichts- und Anwaltskosten (ca. 5 Millionen) nicht übernehmen werden - da half dann nur noch der Gang in den Konkurs.

GEGENWIND: Zwischen den Zeilen klingt das wie ein Schachzug oder ein Pokerspiel. Es geht um Arbeitsplätze, um 280 Familien

Van Weelden: Ich spiele keinen Poker. Ich bin zwar ein guter Poker- und auch Schachspieler, aber wir haben es hiermit 280 Familien zu tun - darum geht es. Es geht um die Arbeitsplätze und um das, was wir hier tun und welche Rolle wir in der Bundesrepublik spielen.

GEGENWIND: In der Bundesrepublik spielt Beta doch kaum eine Rolle.

Van Weelden: Wir spielen eine geringe Rolle im Binnenmarkt - aber Sie müssen auch sehen, welche Rolle wir im nationalen Exportgeschäft spielen. 80% unserer Produkte werden exportiert - das ist ein Posten in der Exportbilanz der Bundesrepublik!

Man sollte als Politiker mal sagen, wir schützen dieses Kind, und nicht immer nur "Zur Hölle". Man sollte hier sorgfältiger mit den Arbeitsplätzen umgehen. Das ist ja kein Spaß mehr, wenn es um 280 feste Arbeitsplätze geht. Ich habe ein Ziel, und ich habe einen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Beta

Weg. Der Betriebsrat kennt den Weg, die Gewerkschaft kennt den Weg.

Der Jade-Port ist unsere EXPO 2000

GEGENWIND: In der letzten Zeit sind Sie mit verschiedensten Projekten in Wilhelmshaven aufgefallen. Zwei Schlagworte dazu: Jade-Port und eigene Stromerzeugung mit Windmühlen. Wie steht es damit?

Van Weelden: Da war jetzt eine Delegation in China - unter anderem Oberstadtdirektor Schreiber, den ich gebeten habe, das von mir entwickelte Konzept des Jade-Ports dort bekannt zu machen. Es ist von vitaler Wichtigkeit für Wilhelmshaven, daß dieses Projekt realisiert wird. Man redet über Rotterdam. "Rotterdam ist so scheußlich, die tun dies, die tun das. Die bauen wieder für 4 Milliarden einen neuen Hafen." Und hier? Wird hier mal wirklich nachgedacht? Ich habe gesagt: "Jungs, vergeßt die EXPO 2000 - das hier, der Jade-Port, das ist unsere EXPO 2000! Baut einen Deich und fangt an, den modernsten Containerhafen der Welt zu bauen." Es geht um Arbeitsplätze - und da muß man die Ärmel aufkrepeln und in die Füße kommen. Das Konzept für den Jade-Port hat die WHV (Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung) auf eigene Kosten erstellen lassen, ohne Subventionen von Land oder Bund. Die wollen das nicht. Es gibt keine wirkliche Unterstützung durch die Politik - die haben einen Schieß in der Hose, die haben absolut Schieß. Jetzt habe ich gesagt - nehmt das mit nach China und fragt die Chinesen, ob die Geld investieren und diesen Hafen auf ihre Kosten bauen wollen. Wissen Sie, was passiert, wenn die Chinesen den Hafen bauen wollen? Dann stehen plötzlich das Land Niedersachsen und der Bund da und wollen diesen Hafen bauen!

Brecht die Macht der Monopole

GEGENWIND: Wenn man Sie so hört, dann sieht man auch schon die Windräder rund um die Beta-Raffinerie, die sie unabhängig vom Strom der Preußen-Elektra machen. Wollen Sie diese Windmühlen wirklich bauen, oder wollen Sie damit nur die Preußen-Elektra erpressen?

Van Weelden: Die wollen wir wirklich bauen - auch das ist kein Poker! Es muß verdammt noch mal klar sein, daß die Industrie in der Bundesrepublik Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen benötigt. Das soll nicht zu Lasten der Haushalte gehen - ich will nicht von Ihnen subventioniert werden. Sie bezahlen 23 Pfennig für die Kilowattstunde - Energie aus Windmühlen kostet 17 Pfennig. Wo bleiben

die 6 Pfennige? Preußen-Elektra kauft den Strom für 7,2 Pfennig - warum muß ich dann 9,3 Pfennig bezahlen? Meine Konkurrenten in Holland oder Norwegen bezahlen 5 Pfennig. Warum muß ich 9,3 Pfennig bezahlen? Ich bettele nicht um Subventionen, ich will nur einen fairen Preis. Das Zusammenspiel 'Politik - Monopol, Monopol - Politik' muß zerbrochen werden, diese monopolistische Struktur in der Bundesrepublik muß zerbrochen werden. Darin sehe ich eine meiner Aufgaben. Das ist eine Grundsatzfrage für den Standort Deutschland. Dafür werde ich auf der Barrikade stehen, da bin ich roter als rot!

GEGENWIND: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

VORTEILHAFT

POLITIK UND EIGENNUTZ - WÄCHST DA ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMEN GEHÖRT?

(ub) "Geschäft und Politik" sind für den SPD-Ratsherrn Arend Roland Rath, eigenem Bekunden zufolge, "ein und dasselbe". Die oft kritisierte Verquickung von kommunalpolitischem Agieren mit (eigenen) Geschäftsinteressen sind für Rath offensichtlich derart selbstverständlich, daß er oben genannte Einstellung seinen SPD-Genossen gleich zweimal vortrug. Zunächst auf der Jahreshauptversammlung der SPD Mitte im Januar d. J. und dann auch bei der Ortsversammlung im März d. J., auf der Rath wieder auf einen aussichtsreichen Listenplatz für die Kommunalwahl gewählt wurde.

Rath zeigt denn auch seinen sozialdemokratischen Mitstreitern schon mal deutlich, wie das praktisch aussehen kann. So tagte unlängst der Wirtschaftsausschuß der Stadt Wilhelmshaven anläßlich einer nichtöffentlichen Sitzung in seinem Café am Südstrand. Eher naserümpfend nimmt so manch ein SPD-Kollege zur Kenntnis, daß Arend Roland Rath anläßlich seines Geburtstages die gesamte Fraktion zum Grünkohl essen in seine Restauration einlud. Ein SPD-Genosse gegenüber dem Gegenwind: "Das sprengt den bei solchen Anlässen üblichen Rahmen bei weitem".

Im politischen Tagesgeschäft eher unauffällig, meldet sich Ratsherr Rath doch zu Wort, wenn geschäftliche Belange auf dem Spiel stehen. In den zurückliegenden fünf Jahren hat er es auf zwei Anträge im Rat gebracht. In einem davon soll es um die Pachthöhe für die Gebäude an der Südstrandpromenade gegangen sein. Nach dem Gegenwind jetzt vorliegenden Informationen soll der Rat der Stadt den wirtschaftlichen Aufstieg des sozialdemokratischen Hotel-, Café- und Souvenirshopbetreibers kräftig anschieben. Das auf landeseigenem Grundstück betriebene Hotel "Seenelke" soll mit einer Investition von über 1 Million DM vergrößert werden. Roland Rath möchte, daß sich die Stadt Wilhelmshaven für einen entsprechenden Kreditbetrag bei

★ ★ ★ ★ ★

SUSANNES OHRING

Wilhelmshaven, Gökerstr. 39, Nähe Ko e euzung
Tel.: 04421/31880

Neues aus Hanf...

Kleider Hemden
Westen Geldbörsen
Hanfsamen Hanfsnacks

einer Bank verbürgt. Ein nicht ganz unüblicher Vorgang. Kommunen, auch Landes- und Bundesbehörden greifen schon mal finanziell stützend ein, besonders dann, wenn Betriebserweiterungen die betriebliche Existenz sichern und damit Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden können (siehe z. B. Bartels/Nordfrost).

Wenn gewählte Volksvertreter in politischen Gremien eigene Geschäftsinteressen verfolgen, kann jedoch allzu leicht der Eindruck von unrechtmäßiger Vorteilnahme im Amt entstehen. Apropos wirtschaftlicher Aufstieg: Mit der Expo 2000 auf der Schleuseninsel und den vielen tausend zusätzlichen Besuchern rund um den Südstrand wird es ja nun nichts. Arend Roland Rath hatte eine erhebliche Umsatzsteigerung während des 165tägigen Ausstellungsspektakels erwartet und sich nicht nur im Rat der Stadt für die Weltausstellung stark gemacht. Als es darum ging, die Bedenken der Anwohner in der Südstadt zu zerstreuen, referierte ein Vertreter der Expo GmbH auf Einladung des Bürgervereins der Südstadt im Caf 'Seewärts'. Getreu dem Motto "Geschäft und Politik sind ein und dasselbe" hob Rath bei der anschließenden Diskussion die wirtschaftliche Bedeutung der Expo 2000 für Wilhelmshaven und für die Pächter an der Südstrandpromenade hervor. □

winkler TV • Video • HiFi

ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur

Störtebekerstraße 3 · Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 □ rund ums Haus

ACHTUNG VOR DEN OPFERN

ANTIFA WILL DENKMAL FÜR DIE OPFER DER NATIONALSOZIALISTISCHEN MILITÄRJUSTIZ AUFSTELLEN

(hk) Bis wenige Stunden vor dem Ende des 2. Weltkrieges wurden auf dem Schießstand an der Fortifikationsstraße (heute Freiligrathstraße) Militärangehörige hingerichtet. Häufigstes Vergehen: Fahnenflucht. Aber auch für einen Diebstahl konnte man schon von der nationalsozialistischen Militärjustiz mit dem Tode bestraft werden. Das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven will diesen Menschen ein Denkmal setzen.

Wir zitieren im folgenden aus einem Informationsblatt dieses Bündnisses.

In den vergangenen Monaten hat sich das "Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven" u.a. zur Aufgabe gemacht, die Geschichte der nationalsozialistischen Militärjustiz und die des Reichkriegsgerichtes in Berlin bzw. Torgau, mit seinem Vorsitzenden Max Bastian, zu recherchieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Durch Zufall wurden Mitglieder des Bündnisses auf dem Friedhof Aldenburg in Wilhelmshaven auf zwei Steinplatten mit 77 Namen aufmerksam. Recherchen ergaben, daß diese 77 Menschen Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz in Wilhelmshaven waren und 54 von ihnen nachweislich auf dem damaligen Schießstand an der Fortifikationsstraße erschossen wurden. Der Nachweis für den Hinrichtungsort fand sich entweder auf den Totenscheinen der Opfer oder in den Totenbüchern des Friedhofs Aldenburg.

Allerdings sind weder die Totenscheine noch die Totenbücher vollständig, was die Differenz zwischen der Gesamtzahl der Hingerichteten und der Zahl von 54 Hinrichtungen im Text für das Denkmal erklärt. Weitere Nachforschungen ergaben, daß 87 Menschen Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz in Wilhelmshaven wurden.

Am ehemaligen Schießstand möchte das "Antifaschistische Bündnis" das von einem Wilhelmshavener Künstler entworfene Denkmal errichten. Dargestellt ist das Fragment

eines Schiffsrumpfes aus Spanten und Planken, als Symbol für Kriegsmarine, Untergang und Tod. Auf den Planken befindet sich der Gedenktext (siehe Kasten).

Spendenaufruf

Um dieses Vorhaben in die Tat umsetzen zu können, und damit einen Teil der Geschichte dieser Stadt und ihrer Menschen zu dokumentieren, müssen 15.000 DM (Kostenvoranschlag) aufgebracht werden. Weder das "Antifaschistische Bündnis" noch seine Mitglieder können diese Summe aus eigenen Mitteln aufbringen. Deshalb unser Aufruf an Sie: Unterstützen Sie die Errichtung dieses Denkmals mit einer kleineren oder größeren Spende.

Spendenkonto: M. Klöpffer-Antifa
Kontonummer: 2265516502
BLZ: 280020111
Bank für Gemeinwirtschaft (BfG)
Wilhelmshaven

Für Fragen zur nationalsozialistischen Militärjustiz und zur Errichtung des Denkmals stehen Ihnen Hartmut Peters Tel.: 04421/ 44381 und Rolf R. Meier Tel.: 04421/44044 zur Verfügung



ABENTEUER & FREIZEIT

Bekleidung, Zelte,
Rucksäcke, Boote
und Schlafsäcke

UNTERWEGS

Göker-/Ecke Peterstraße
Tel.: 04421/42912



Auf diesem Gelände befand sich bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus der Schießstand des Militärstandortes Wilhelmshaven.

Eine unbekannte Anzahl deutscher Soldaten wurde hier während des zweiten Weltkrieges durch Erschießungskommandos der Kriegsmarine exekutiert. Nachgewiesen sind 54 Hinrichtungen in der Zeit von 1943 bis 1945. Die Leichen wurden zum Friedhof Aldenburg gebracht. Die von der nationalsozialistischen Militärjustiz "Im Namen des Volkes" wegen Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung, Desertion und nach der Volksschädlingsverordnung verhängten Todesurteile bezweckten "die Aufrechterhaltung der Manneszucht". Terror gegen die eigenen Soldaten sollte die Weiterführung des von Deutschland entfesselten, verbrecherischen Krieges gewährleisten. Die letzte Hinrichtung fand am 5. Mai 1945 statt, wenige Stunden vor dem Ende des Krieges.

Diese Tafel wurde errichtet, um den Opfern die Achtung zu erweisen, die ihnen bis jetzt nicht gewährt wurde.

Wilhelmshaven 1996

RAUM FÜR PHANTASIE

BKA WILL STÖRTEBEKER PARK BESSER NUTZEN

(ft/oa) Ein etwas anderer Freizeitpark wird in Wilhelmshaven in diesem Jahr eröffnet. Es gibt aber keinen Eröffnungstermin, keine Eröffnungsfeier, keine Eröffnungsrede. Es ist eben ein etwas anderer Freizeitpark, und deshalb gibt es eine etwas andere Eröffnung.

Die Rede ist vom Störtebeker Park, an der Freiligrathstraße zwischen Stadtreinigung und Kreuzelwerk gelegen, der seit nunmehr fünf Jahren in der Trägerschaft von Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V. entsteht und noch nicht fertig ist. Er wird auch nicht „fertig“ werden, sondern in gewisser Weise immer weiter entstehen.

Daß das so ist, hat etwas mit der „Philosophie“ des Trägervereins zu tun: BKA etabliert Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, bei denen Menschen, die z.T. jahrelang arbeitslos waren, für ein, zwei oder drei Jahre einen Arbeitsplatz finden, bei denen aber „nebenbei“ etwas entstehen soll, das Sinn und Zweck hat.

Was bisher auf dem gut zwei Hektar großen Gelände entstanden ist, kann sich schon sehen lassen. Vieles davon ist aber auch unsichtbar.

Z. B. die Tatsache, daß durch dieses Projekt schon mehrere Millionen DM nach Wilhelmshaven gekommen sind, die auf andere Weise woanders hin geflossen wären. Mit Mitteln aus unterschiedlichen Töpfen (ABM, Euro-

päischer Sozialfonds) haben für jeweils zwei Jahre je 15 Menschen eine versicherungspflichtige Arbeit gefunden, dadurch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld und eine Umschulungsberechtigung erworben, Steuern entrichtet, die Sozialhilfekasse entlastet. Und zahlreiche Wilhelmshavener Unternehmen haben dem Verein Materialien verkauft.

Gegenwärtig arbeitet die dritte Gruppe von 15 Leuten im Park, fünf von ihnen Handwerker, zehn ohne handwerkliche Ausbildung, aber z.T. mit Berufserfahrung. Ein Projektleiter und eine Sozialpädagogin begleiten und betreuen diese Gruppe. Zwischen dem Backhaus, wo auf althergebrachte Weise Brot gebacken werden kann, dem Pfannkuchenhaus, wo Kindergruppen sich selber Pfannkuchen backen können, und all den anderen Gebäuden werden in den nächsten Monaten Spielgeräte



Aus dieser Philosophie heraus wurde im Dezember 1988 in einer Kneipe die Idee eines Parks geboren und auf der Rückseite eines Flugblattes skizziert. Das Projekt sollte arbeitsintensiv sein, der Phantasie viel Raum bieten, dem ersten Arbeitsmarkt nichts wegnehmen und für Wilhelmshaven eine Bereicherung bringen.



Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefstpreis!



Foto: Tummel



Foto: Tunnat

aufgebaut werden, und eine Wasserspiel-landschaft wird entstehen.

Freizeitpark? Es ist auch ein Umweltpark. Regenwasserreservoir, Windmühle, Feuchtbiotop und Schilfkläranlage führen die Mitarbeiter und die Gäste (ohne erhobenen Zeigefinger) an den Umweltgedanken heran.

Es ist auch ein Abenteuerspielplatz. Eine Grundschulklasse hat im Rahmen eines Unterrichtsprojektes über Klaus Störtebeker einen Tag in der Siebethsburg verbracht und Seeräuber gespielt. Weitere Kindergarten- und Schulgruppen haben den Störtebeker Park schon für eine andere Art von Unterricht genutzt und werden das künftig weiterhin tun.

Es ist also auch ein Lernpark. Vor Jahren hat das Fach Sachkunde die alte Heimatkunde abgelöst - hier kann eine neue Art von Heimatkundeunterricht stattfinden. So ist z.B. geplant, ein Funktionsmodell des Rüstersie-

ler Siels auszustellen. Und in der Mini-Siebethsburg kann man lernen, wie „damals“ das Burgleben ablief.

1993 bis 1995 lief bei BKA das erste Frauenprojekt. Gemäß der oben dargestellten Philosophie von BKA stellten sechs Frauen, angeleitet und betreut von einer Projektleiterin und einer Sozialpädagogin, das „Innenleben“ (Möbel, Figuren) der Siebethsburg her und verwandelten die Miniaturburg in einen historischen Guckkasten. Sie lernten dabei nicht nur den Umgang mit Holz, Metall, Stoff, Papier usw., sondern auch Heimatgeschichte, denn der Produktion ging ein intensives Quellenstudium voraus.

Das zweite BKA-Frauenprojekt hat gerade begonnen. Am 2. Mai hat eine Gruppe von 16 Frauen mit drei Anleiterinnen ihre Tätigkeit im Störtebeker Park aufgenommen. Da ihre Arbeit wie alle Aktivitäten von BKA qualifizierenden Charakter und gleichzeitig einen Sinn haben soll, ist ihre Aufgabe die Öffnung des Parks, nicht zu einem bestimmten Termin mit Feuerwerk und Schirmherrenansprache, sondern peu à peu, learning by doing. So werden, von diesen Frauen vorbereitet und organisiert, in diesem Jahr vermehrt Veranstaltungen stattfinden, in dem Tempo, in dem die Frauen es allein schaffen können.

Was noch alles passieren kann und wird im Störtebeker Park, das wird sich zeigen. Bei BKA gibt es keine Planung, die an einem Büroschreibtisch ausgearbeitet und mit einem festen Zeitrahmen durchgeführt wird, sondern eine projektbegleitende Planung. Eine feste Planungsgruppe, bestehend aus den Projektleitern, den AnleiterInnen, einem Architekten, Mitarbeitern der Freizeit GmbH und des Tiefbauamtes, nimmt immer wieder auch Ideen und Anregungen der MitarbeiterInnen und der BesucherInnen auf, so daß so ungefähr alles möglich ist - vorausgesetzt, es bringt Beschäftigung und Qualifizierung und hat einen Sinn. □

ARBEIT SOLL EINEN SINN HABEN

Der Verein Beratung, Kommunikation und Arbeit e. V. wurde 1984 gegründet. In der 1994 erschienenen Dokumentation zum 10jährigen Bestehen des Vereins schreibt Geschäftsführer Peter Siefken: „‘Arbeit‘ kann nicht nur als ‘Bestreiten des Lebensunterhalts‘ gesehen werden, sondern ist ... das wesentliche ‘lebensstiftende Element‘. Der Arbeitsplatz ist für die meisten Menschen der Ausgangspunkt für die Bestimmung des eigenen gesellschaftlichen Standortes. Er bildet die Voraussetzung für eine unabhängige, selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung.

Die Ausgrenzung aus der Arbeitswelt bedeutet für viele Menschen auch den Verlust der sozialen Identität. Das Gefühl des ‘Nicht-Gebrauchtwerdens‘ oder des ‘Überflüssigseins‘ bildet häufig den Ausgangspunkt für psychische Krisensituationen, die sich dadurch verschärfen, daß die Betroffenen ihren Lebensunterhalt allein aus öffentlicher Unterstützung bestreiten müssen.

Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die ersten Aktivitäten des Vereins ... und haben bis heute ihre Gültigkeit behalten.“

Diese Überlegungen liegen sämtlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten von BKA zugrunde. Menschen sollen nicht irgendwie beschäftigt werden, nur um Geld zu verdienen, sondern das, was sie tun, soll einen Sinn haben.

In diesem Sinn wurden der Soziale Möbeldienst und der Nähdienst eingerichtet, die einerseits Arbeitsplätze schaffen (Aufbereiten von gebrauchten Möbeln, Gardinen etc.), andererseits MitbürgerInnen mit geringem Einkommen die Möglichkeit geben, über das Sozialamt ihren Bedarf an Einrichtungsgegenständen zu decken.

In diesem Sinn arbeitet die Restaurierungswerkstatt, die Handwerkern einen Arbeitsplatz bietet und im Auftrag von Museen und anderen im öffentlichen Interesse tätigen Institutionen und Organisationen Restaurierungsarbeiten durchführt.

In diesem Sinn sichert der Recyclinghof nicht nur einigen Menschen Lohn und Brot, sondern sorgt auch für eine Reduzierung der zu deponierenden Sperrmüllmenge durch Rückbau von Waschmaschinen, Wiederherrichtung von Gebrauchsgegenständen usw.

In diesem Sinne wird in der Metall- und der Holzwerkstatt nicht einfach nur geübt oder gar für den Schrottcontainer produziert, sondern es werden dort unter anderem Ausstattungsgegenstände für den Störtebeker Park hergestellt.

Ab sofort noch mehr
Gesundes für alle im

Tarish

Fleisch aus kontrolliert
ökologischer Landwirtschaft.
frischer Fisch und
Kaffee, Tee und Kuchen



BASISGRUPPE WILHELMSHAVEN Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten.

Gregor Gysi kommt erst im Juli, aber daß er kommt, steht fest.

Die PDS ist keine Fortsetzung der früheren SED

Die PDS? Natürlich - das ist doch die "SED-Nachfolgepartei". Manche nennen sie sogar die "Fortsetzung der früheren SED" oder die "unter neuem Namen". Das ist aber - höchstens - die Hälfte der Wahrheit.

Gewiß ist die PDS aus den Trümmern der alten SED entstanden, und in der PDS gibt es nicht wenige frühere SED-Mitglieder und Funktionäre. Aber dies bedeutet keineswegs, daß die PDS lediglich eine Fortsetzung der früheren SED sei.

Zwischen der früheren SED und der heutigen PDS gibt es ernste, wichtige Unterschiede: Die frühere SED war eine diktatorische Staatspartei. Ihre Resolutionen, Direktiven und Anweisungen waren verpflichtend für alle Staatsorgane und gesellschaftlichen Vereinigungen und von den Bürgern zu erfüllen. Die heutige PDS ist eine im parlamentarischen System wirkende Oppositionspartei.

Die frühere SED war, was sie auch stolz verkündete, eine monopolistische Partei. Delegierte auf Parteikonferenzen oder Parteitag stimmten stets einstimmig und unter Beifallstürmen den offiziellen Erklärungen zu. Die heutige PDS ist eine pluralistische Partei mit unterschiedlichen Auffassungen, öffentlichen Kontroversen, turbulenten Auseinandersetzungen, ja Kampfabstimmungen auf Konferenzen oder Kongressen.

In der früheren SED war es selbstverständlich, den Spitzenführern stets zuzustimmen, auf jede öffentliche Kritik zu verzichten und ihnen zuzujubeln. In der heutigen PDS müssen die führenden Repräsentanten um die Durchsetzung ihrer Auffassungen ringen, die Delegierten mit Argumenten zu überzeugen versuchen und unterstehen einer, nicht selten sogar recht deutlichen Kritik.

Die SED war eine atheistische Partei mit der Zielsetzung, die "religiösen Überreste zu bekämpfen". Die heutige PDS zählt nicht wenige gläubige und praktizierende Christen in ihren Reihen, sowie eine "christliche Plattform", die diese Auffassung zum Ausdruck bringt.

Die frühere SED verfügte über eine Vielzahl von Parteizeitungen und Parteizeitschriften, die direkt ihrer Kontrolle unterstanden und der Popularisierung und Zustimmung der jeweiligen vom Politbüro bestimmten Parteilinie dienten. Im heutigen "Neuen Deutschland" und in der PDS-Mitgliederzeitschrift "Disput" wird ungehindert, und oft recht heftig, über alle Veröffentlichungen der PDS-Gremien diskutiert und gestritten.

Die frühere SED verkündete und praktizierte ihre "führende Rolle" über die anderen Blockparteien, alle gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen. In den PDS-Veröffentlichungen gibt es den Begriff "führende Rolle" nicht, die PDS hat erkannt, daß, wenn überhaupt, eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen nur auf absolut freiwilliger und gleichberechtigter Grundlage erfolgen kann.

Die frühere SED war eine "marxistisch-leninistische" Partei. Mitglieder oder Funktionäre, die sich zu den Auffassungen sozialistischer Persönlichkeiten außerhalb des engen "Marxismus-Leninismus" bekannten, etwa zu Kautsky oder Bernstein, Trotzki, Bucharin, Ernst Bloch oder Robert Havemann, mußten mit einem Parteiverfahren, wenn nicht sogar mit Ausschluß oder "administrativen Maßnahmen" rechnen. In der heutigen PDS sind Diskussionen über die Auffassungen der genannten - und vieler anderer - Persönlichkeiten eine Selbstverständlichkeit.

All dies spricht eindeutig dafür, daß es sich bei der heutigen PDS nicht um eine einfache Fortsetzung, sondern um eine gewandelte Nachfolgepartei der SED handelt, die sich in wichtigen, ja entscheidenden Fragen von der früheren SED losgelöst hat.

Gewiß gibt es in der PDS noch immer bornierte SED-Funktionäre, die das frühere DDR-System beschönigen, die weder willens noch fähig sind, aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen. Aber viele PDS-Mitglieder und Funktionäre, vielleicht sogar die Mehrzahl, befinden sich in einem großen Umdenkungs- und Wandlungsprozeß. Sie denken kritisch über die Vergangenheit nach - auch über ihre eigene Rolle - und haben begonnen, neue Wege zu beschreiten.

Es scheint mir daher wichtig zu sein, die unrichtige Behauptung von der "Fortsetzung der alten SED" zu begraben, und sich statt dessen mit den gegenwärtigen Erklärungen und Aktivitäten der real existierenden PDS zu beschäftigen, und mit der PDS eine deutliche, falls nötig auch offensive Diskussion mit überzeugenden Argumenten zu führen.

Eine offene Diskussion mit Mitgliedern und Funktionären der PDS über die kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die Verurteilung der früheren Verurteilung von Sozialdemokraten und vieler anderer engagierter Menschen in der DDR, über die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der PDS, eine Klarstellung, was die PDS eigentlich unter "demokratischem Sozialismus" versteht - das sind nur einige Fragen, die an die PDS zu stellen sein werden.

Dies scheint mir der bessere Weg zu sein, um die Überbleibsel des früheren SED-Denkens in der PDS zu überwinden, den Mitgliedern und Wählern der PDS neue Erkenntnisse zu vermitteln, sie an demokratisches Denken und Handeln heranzuführen.

Der Autor dieses Beitrags ist Professor WOLFGANG LEONHARDT (Aus der "Frankfurter Sonntagszeitung")

ViSdP Manfred Gaede Tel:04421-42291 e-mail:MAGAEDE@t-online.de
TREFFEN:jeden 2. u. 4. des Monats, um 20.00h "Kling-Klang"

Perspektive	
Unabhängiges Kulturzentrum Programm Juni 96	
SA, 1.6. 16-19 Uhr 19.00 Uhr	WERKSTATT-Café der Politischen Werkstatt Benefiz-Konzert zugunsten der W'havener AIDS-Hilfe
SO, 2.6. 19.00 Uhr	Ausstellung BÄRBEL SCHWEIG
MI, 5.6. 20.00 Uhr	TAUSCHRING Tauschen statt Kaufen
FR, 7.6. 20.30 Uhr	TWEE BOTTERVAGELS Hoch- und Plattdeutsch
SO, 9.6. 20.00 Uhr	Kommunales Kino (KOKI) "Die unwürdige Greisin"
MI, 19.6. 20.00 Uhr	Schulfest (Abschlußfeier Schule Bremer Straße)
SO, 23.6. 20.00 Uhr	Kommunales Kino (KOKI) "Maria Walewska"
Ständige Termine	
POLITISCHES WERKSTATT-CAFÉ: jd. 1. + 3. SA im Monat, 16-19 Uhr; TAUSCHRING: jd. 1. MI im Monat, 20 Uhr; Arbeitsgruppe SPECK- STEIN: jd. DI 9.30 Uhr; MALKREIS: jd. DO 9.30 Uhr; SENIOREN-FOTOKREIS: jd. 1. DI im Monat 10 Uhr; FOTO-STAMMTISCH (f. Ama- teure): jd. 1. DO im Monat, 19.30 Uhr; ACOUSTIC-MEETING (MusikerInnen treffen): jd. 3. FR im Monat, 20 Uhr; PLANUNGSTEAM- SITZUNG (öffentlich) jd. MI 19.30 Uhr	
Laufende Ausstellung	
bis 6.6. BÄRBEL SCHWEIG; geöffnet DI-DO 10-13; DI-SO ab 19 Uhr	
PERSPEKTIVE, Wilhelmshaven, Schellingstr. 21 (Ecke Freiligrathstr.)	

KRITISCHEPOLITIK

braucht öffentliche Foren. Die Politische Werkstatt bietet neben der Zeitung "Werkstatt-Forum" einen Treffpunkt an, um die politische Vereinzelung zu überwinden und Formen von Öffentlichkeit zu diskutieren. Ist die gesamtgesellschaftliche Veränderung eine Mode von gestern?

Werkstatt-Café: jeden 1. und 3. Samstag im Monat von 16 bis 19 Uhr in der PERSPEKTIVE, Schellingstr. 21.

1945

heißt das neue Rocktheaterprojekt des Jugendclubs des Jungen Theaters. Zu sehen ist es noch am 8. und 9. Mai, jeweils um 20 Uhr, am Südstrand 108. (Vorverkauf/ Vorbestellung Theaterkasse Stadttheater (Tel. 940115) 11 bis 13 Uhr und 18 bis 19 Uhr, Vorstellungskasse eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn.

UMGEZOGEN

ist Wilhelmshavens Naturkostladen "Jonathan". In der Grenzstraße 16 finden die KundInnen nun in helleren, freundlichen Räumlichkeiten auch Naturtextilien und ein besonderes Angebot für AllergikerInnen. (iz)

Kulturzentrum pumpwerk	
MI, 8.5 DO, 9.5. 10.00 Uhr 15.00 Uhr	AQUARIUM Unterwasser-Marionettentheater aus Lübeck
FR, 10.5. 21.00 Uhr	THE PRETTY THINGS Rock-Legende der 60er
SA, 11.5. 20.30 Uhr	FLAMENCO RUBIO "Puro"
SO, 12.5. 20.30 Uhr	10. KLEINSTKUNSTPREIS - Verleihung an Markus Jeroch
DI, 14.5. 20.30 Uhr	HANS DIETER HÜSCH "Ein neues Kapitel"
SO, 18.5. 21.00 Uhr	THE LEMONBABIES + ROYAL M PARADE + KÜR- SCHE "Undercover-Attack-Tour '96"
SO, 19.5. 11.00 Uhr 19.00 Uhr	Frühschoppen mit PICADILLY CIRCUS Helga Habsch - Literarischer Sa- lon im Metropol: Lesung mit Karl Korino und Elisabeth Albertsen
MI, 22.5. DO, 23.5. 20.30 Uhr	MuTaTe's "Faust" Satirical der IGS mit Rockmusik nach Rand Newman
SA, 25.5. 21.00 Uhr	4. up to heaven party - Kennen- lernfete mit Last-Minute-Stand
SO, 26.5. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit KENTUCKY FIVE
SO, 2.6.	ÖKOMARKT (Anmeldung + Info 04421-43877)
Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke, 26382 Wilhelmshaven. Tel. 04421-43877	

Essthetik von**JONATHAN****Naturkostladen**

Neu => Grenzstr. 16 <= Neu

Tel. 04421/13438

DIE LANDESBÜHNE	
MAI 96	
1945 Jugendclub der Landesbühne - Rocktheater s. besondere Ankündigung	
Alter schützt vor Liebe nicht Altentheater DIE WELLENBRECHER. FR 10.5., 15Uhr, Saal Bauverein Rüstringen.	
Alles frei - Stuhl besetzt. SA, 11.5. 20 Uhr, SO, 12.5. 15 Uhr, DO, 16.5. 15 Uhr, Junges Theater.	
Fräulein Julie SA, 11.5., MO, 13.5., jeweils 20 Uhr, Stadttheater.	
Marilyn Musical der Duke's Mad Company. MI, 29.5., FR, 30.5., jeweils 20 Uhr, Stadttheater.	
Theaterkasse: werktags 11-13 Uhr, an Auffüh- rungstagen außer SO 18-19 Uhr, Tel. 900115. Junges Theater, Rheinstr. 91, Kasse 1/2 Stunde vor Vorstellungsbeginn.	

**AUSGEBRANNT**

ist Wilhelmshavens vielleicht beliebteste Szenekneipe - Opfer einer umgekippten Kerze, die einen kleinen Moment unbeobachtet war. Das besondere am Rockfisch war wohl, daß er nie etwas Besonderes sein wollte: gänzlich unpräzise kam er daher, ohne peppige Aufmacher. Und so fühlten sich dort alle wohl, die nicht ständig auf der neuesten Kneipen-Modewelle mitschwimmen wollten: mit dem Rockfisch konnte man einfach drunter weg tauchen. Nach einigen Wochen, in denen häufig "wo soll man denn jetzt noch hingehen" zu hören war, gibt es nun Gerüchte, daß der Laden wieder aufgebaut werden soll. Schön wär's. (red)



HINTERLEGTE LÜGEN?

OB MENZEL: ES MACHT MICH BETROFFEN, DASS ES IN DIESER STADT LEUTE GIBT, DIE MIR SO ETWAS ZUTRAUEN

(hk) Vor gut einem halben Jahr erschien im Magazin der Süddeutschen Zeitung ein Artikel von Günther Handlögten und Henning Venske, der die politische Landschaft Wilhelmshavens veränderte. Mit ollen Kamellen (Mey-Grundstück), mit brisanten Themen (Müllkippe Kirchreihe, ICI-Dioxin) und mit der Behauptung, daß Persönlichkeiten dieser Stadt, unter ihnen Oberbürgermeister Menzel, politisch, geschäftlich und privat mit Neonazis Kontakt haben sollen. Im Gegenwind 132 forderten wir OB Menzel auf, alle gerichtlich möglichen Schritte dagegen einzuleiten, weil wir uns nicht vorstellen konnten, daß Journalisten ohne handfeste Belege solche Behauptungen aufstellen.

Eine Ausgabe später als geplant kommt nun OB Menzel im Gegenwind zu Wort.

GEGENWIND: Als wir dieses Gespräch vorbereitet haben, haben wir uns auch mit einem der Verfasser des Artikels im Magazin der Süddeutschen Zeitung unterhalten und ihn gefragt, ob er noch zu den von ihm veröffentlichten Behauptungen stehe. Er sagte, daß alle die Leute, die ihm gegenüber eidestattliche Versicherungen abgegeben haben, auch weiterhin dazu stehen. Die Informanten von Handlögten/Venske sind ja auch nicht im Ausschuß für besondere Angelegenheiten aufgetreten.

MENZEL: Die haben sich nicht geoutet

GEGENWIND: Dieser Ausschuß war ja auch eine gefährliche Sache - dort wurde jede kritische Meinung förmlich zerrissen, sowohl von der Presse als auch von den Mitgliedern des Ausschusses.

MENZEL: Auf der anderen Seite gibtes ja die presserechtlichen Auseinandersetzungen, die in Hamburg und München laufen. Ein Verfahren, das gegen Handlögten und die SZ läuft, wird sich mit der Frage befassen, wer die Informanten sind. In diesem Verfahren werden ja diese eidestattlichen Versicherungen, von denen behauptet wird, daß es sie gibt, aufgedeckt werden. Mein Ziel, unser Ziel ist: Wir wollen diese Versicherungen sehen, wir wollen wissen, welche Leute dort wider besseres Wissen diese falschen Behauptungen immernoch aufrechterhalten.

GEGENWIND: Welche rechtlichen Schritte haben Sie konkret eingeleitet?

MENZEL: Neben den presserechtlichen Möglichkeiten, die wir hatten, habe ich noch strafrechtliche Schritte bei der Staatsanwaltschaft in Oldenburg eingeleitet. Diese gingen dann weiter an die Staatsanwaltschaften in Hamburg und München. Über den Stand der Ermittlungen ist mir nichts bekannt.

GEGENWIND: Gegen Handlögten und Venske direkt haben Sie nichts unternommen?

MENZEL: Gegen die Autoren ist Anzeige erstattet worden. Das schwebt alles noch. Ich habe alle Möglichkeiten ergriffen, um die Leute ans Tageslicht zu holen, die solche unwahren Behauptungen über die Stadt und über die Menschen, auch über mich, aufgestellt haben und diese eventuell auch durch eidestattliche

stattliche Versicherungen belegt haben, wobei die Qualität der sogenannten eidestattlichen Versicherungen ja völlig unbekannt ist. Der Anwalt, der uns berät, hat einmal gesagt, jede eidestattliche Versicherung, wenn sie nicht vor Gericht vorgelegt und beeidet wird, ist eine schriftlich hinterlegte Lüge. Man weiß ja auch nicht, ob jemand geschrieben hat: "Ich habe gehört, daß Herr Menzel mit dem und dem dort gewesen sein soll". Einer soll geschrieben haben, daß er gehört habe, daß ich mit Herrn Baar nach Herzlake gefahren sein soll - wenn das die Qualität ist, dann spricht das nicht gerade für die Verfasser des Artikels.

Tendenzjournalisten mit Informationslinien nach Wilhelmshaven

GEGENWIND: Es ist nicht anzunehmen, daß ein Journalist aufgrund solcher schwammiger Erklärungen einen Artikel veröffentlicht, in dem solche schwerwiegenden Behauptungen aufgestellt werden.

MENZEL: Ich weiß es nicht. Für die journalistische Qualität der Herren Handlögten und Venske spricht ja auch nicht gerade, daß sie mich, wenn sie schon solche ungeheuren Vorwürfe in einem bundesweit verbreiteten Artikel gegen mich verbreiten, nicht mal den journalistischen Anstand und die journalistische Fairneß besitzen, mich anzurufen und zu sagen: Herr Menzel, das und das wird hier behauptet, was sagen Sie denn dazu? Das wäre nach meinem Verstand das richtige Vorgehen gewesen. Aber bitte, Tendenzjournalisten haben das sicher nicht nötig.

GEGENWIND: Können Sie sich vorstellen, warum jemand solche Behauptungen in die Welt setzt?

MENZEL: Also, meine Einschätzung ist, daß seit Erscheinen des "Dreckigen Sumpfes" im Jahre 1983 noch Informationslinien aus Wilhelmshaven bestehen, daß einige Leute anscheinend ein Interesse daran haben, daß gegen Menschen und gegen diese Stadt ab und an solche Artikel veröffentlicht werden. Ich habe dem Artikel nicht entnehmen können, daß es hier um irgendwelche aktuellen Dinge geht. Der Artikel fing ja mit der Bausache an, das mit dem Reinhard Mey - das ist 20 Jahre her! Das wird da so geschrieben, als sei das gerade gestern gewesen - das aktuellste, was es in dieser Stadt gibt! Ich hab's nicht verstanden!

Wenn man dann weiß, und das habe ich ja auch im Rat gesagt, daß in bestimmten Betrieben und in Szenekneipen dieser Artikel am Tage seines Erscheinens hundertfach kopiert auftaucht, dann muß man einfach die Feststellung treffen, daß viele in dieser Stadt davon gewußt haben und ein Interesse daran hatten, daß das auch verbreitet wird. Was mich sehr betroffen gemacht hat, ist eben, daß es Leute gibt in dieser Stadt, die mir so etwas zutrauen; Leute, mit denen ich zum Teil seit zig Jahren bei bestimmten Veranstaltungen zusammengearbeitet, zusammengewirkt habe. Sicherlich nicht immer einig in allen Dingen, die uns bewegen, aber doch einig, daß wir gegen Rechtsradikalismus und Faschismus in dieser Stadt eintreten - von denen dann in die Nähe solcher Leute gerückt zu werden - das ist schlimm.

GEGENWIND: Sie sind doch nicht in die politische Nähe dieser Leute gerückt worden.

MENZEL: Ich darf daran erinnern, was die Sprecherin des Antifaschistischen Bündnisses am Abend des 9. November auf dem Synagogenplatz gesagt hat. Sie stellte die Frage "Was ist los in dieser Stadt, in der sich stadtbekannte Persönlichkeiten in die Nähe von Rechtsradikalen rücken lassen müssen."

GEGENWIND: Aber Sie haben doch hinterher noch mit ihr darüber gesprochen - ich dachte, die Stoßrichtung dieser Aussage wäre geklärt worden.

MENZEL: Sie hat mir hinterher gesagt, daß sich ihre Aussage auf Bernhard Rech bezogen habe. Da habe ich gesagt, daß sie doch von Persönlichkeiten gesprochen habe, die sich in die Nähe...

GEGENWIND: ...und da haben Sie sich den Schuh gleich angezogen!

MENZEL: Das war doch völlig klar, daß sie mich gemeint hat - reden wir doch mal Klartext. Ich habe ihr auch gesagt: "Lassen Sie uns doch nicht so rumeiern - Sie haben vor Zeugen von Persönlichkeiten gesprochen..."

GEGENWIND: Die Geschäfte der Herren Baar und Heger sind ja nun auch nicht die alleinige Sache des Herrn Rech - da stecken doch noch mehr Leute, Persönlichkeiten, drin.

MENZEL: Namentlich genannt waren in dem Artikel ja Herr Rech und ich - insofern war schon klar, wen sie meinte.

Mit Schokolade aufgewogen

GEGENWIND: Uns wurde vor einigen Wochen anonym zugetragen, daß Sie sich von einem Republikaner mit Schokolade haben aufwiegen lassen. Gemeint war ein gewisser Herr Reckner, Kassierer der Republikaner, und nach unseren Informationen will dieser Herr Reckner bei den Kommunalwahlen für die Repts antreten.

MENZEL: Im Verwaltungsausschuß hat ein uns nicht unbekannter UWbler auch diese Frage gestellt. Ich habe daraufhin bei der Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, die diese Aktion vorbereitet hat, nachgefragt. Diese

Aktion wurde mit der Hörgerätefirma Melz und Kurz vorbereitet. Da gibt es eine Elterninitiative, die sich in Leer, dem Stammsitz der Firma Melz und Kurz, gegründet hat. Diese Initiative hat solche Aktionen bereits in Emden, Wittmund und Aurich durchgeführt. Es gab nur Kontakte zwischen der Stadt und der Hörgerätefirma. Von einem Herrn Reckner war nie die Rede. Im nachhinein habe ich gesehen, daß in einer Anzeige, drei Tage vor der Aktion, der Name Reckner zum ersten Mal auftauchte. Da hieß es, daß die Immobilienfirma Reckner die Schokolade sponsert. Ich habe daraufhin bei dem Herrn angerufen, der die Sache in Wilhelmshaven vorbereitet hat, und ihn gefragt, wieso denn plötzlich Immobilien Reckner auftauchte. Er sagte mir, daß man sich um Sponsoren bemüht hätte, z.B. bei Karstadt und Leffers. Die hätten das auch gemacht, wollten die Aktion aber dann bei sich im Hause durchführen. Die Aktion sollte aber, wie in den anderen Orten auch, in direkter Verbindung mit dem Rathaus durchgeführt werden. Daraufhin kam es zum Sponsoring durch die Firma Reckner. Daß dieser Herr Reckner zur Kommunalwahl antreten will, ist mir nicht bekannt. Da steckt aber auch eine bittere Tendenz drin: Muß ich mich künftig bei jedem, der rechts oder links von mir geht, nachdem Parteibuch erkundigen? Istes schon soweit?

Es gibt Leute in dieser Stadt, die die politische Szene destabilisieren wollen

GEGENWIND: Meinen Sie, daß nach den Gerichtsverfahren die Sache ausgestanden ist?

MENZEL: Ich bekam vor kurzen einen anonymen Anruf, in dem ich darüber informiert wurde, daß in Wilhelmshaven ein Treffen stattgefunden hat, an dem neben Handlögten auch einige Leute aus dem politischen Bereich teilgenommen haben. Es ging um eine mögliche Fortsetzung des Artikels kurz vor der Kommunalwahl. Ein Bestandteil dieses Gespräches war, so behauptete der Anrufer, daß man mich "körperlich" in die Nähe von Leuten bringen wolle, die dem rechtsradikalen Umfeld zuzurechnen sind. Ich habe daraufhin die Stadtverwaltung gebeten, mich nicht mehr an irgendwelche Leute ran zu lassen, die ich nicht kenne. Wenn die Aussagen des Anrufers wahr sind, dann wäre das ein Zeichen dafür, daß es in dieser Stadt Leute gibt, die die politische Szene destabilisieren wollen. Ich stelle mir immer öfter die Frage, ob sich nicht alle an einen Tisch setzen sollten, um eine Schlammschlacht zu verhindern. Mit dieser Art der Diskriminierung muß endlich Schluß sein.

GEGENWIND: Das ist sicher nicht so einfach. So kurz vor der Kommunalwahl sieht das nach Friede, Freude, Eierkuchen aus. So ähnlich wie das Zitat über die 'Pflichten eines Bürgermeisters', das Sie in Ihrer Rede am 17. April im Rat gebracht haben.

MENZEL: Ich bin für jeden politischen Streit zu haben - sachlich können wir uns gerne

kloppen, aber das, was in den letzten Monaten abgelaufen ist, das war für mich schon ein Grund zu sagen, daß die nächste Kandidatur für mich gegessen ist. Die Diskussionen, gerade mit meiner Familie, machten mir aber klar, daß ich wieder antreten muß.

Ferner soll ein Bürgermeister acht haben auf seine Ratmannen, die ihm das Jahr über zur Seite sitzen, daß alle in Liebe, Freundschaft und Einigkeit füreinander einstehen, daß keiner gegen den anderen seinen Willen durchsetzen will oder jemanden heimlich Gaß trägt. Wenn der Bürgermeister so etwas fühlt, so soll er dem nach bestem Können entgegen treten, damit die Ratmannen nicht parteiisch werden; denn wo solches überhandnimmt kann nichts Nutzbringendes vollbracht werden.

OB Menzel in seiner Rede vor dem Stadtrat am 17.4.96, von ihm zitiert nach Johannes Frauenburg (1476)

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ich bin niemand, der alles glattbügeln, alles egalisieren will. Ich kann und will auch streiten und gestehe jedem zu, mich polemisch und sonstwie anzumachen, aber so miserable Sachen zu machen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, das war ja die erkennbare Absicht, das will ich nicht mitmachen. Man hat wohl die Möglichkeit gesehen, mich auf diesem Wege wegzukriegen.

GEGENWIND: Wer wollte denn daraus politisches Kapital schlagen?

MENZEL: Die Tendenz war doch sehr eindeutig, daß Herr Kläne das versuchte.

GEGENWIND: Aber Herr Kläne war mit Sicherheit nicht der Informant der Süddeutschen Zeitung.

MENZEL: Ich weiß nicht, wer die Informanten sind. Ich habe alle Unterlagen der Staatsanwaltschaft übergeben und sie gebeten, diesen Dingen nachzugehen. Vielleicht bringen die Verfahren in Hamburg und München ja Licht in die ganze Sache - aber wenn man vor Gericht geht, weiß man nie genau, was dabei herauskommt.

GEGENWIND: Wir danken Ihnen für das Gespräch. □

AGÄIS

Restaurant und Café



Türkische und Griechische Spezialitäten

Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant FrühstücksCafe Mittagstisch
Biergarten Live Music & Kinderspielplatz
WHV An der Deichbrücke Tel. 04421-43660

Kommentar

EVERYBODY'S DARLING

Oberbürgermeister Menzel beklagt sich, daß viele von denen, mit denen er an einem Tisch gegessen hat, mit denen er Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen durchführte, mit denen er gegen Faschismus und Rechtsradikalismus mobil machte, daß gerade diese ihm „so etwas“ zutrauen. Aber ist es nicht seine Politik des „Everybody's Darling“, die den Weg für dieses Mißtrauen säte? Wie kann ich heute ein Kreuz vor dem Marinearsenal als Mahnung gegen die Kriegsmaschinerie aufstellen und nach Wechseln von Jacke und Schlips eine Rede über die Notwendigkeit eben dieser Kriegsmaschine halten? Wie kann ich gegen Faschismus und Militarismus reden und gleichzeitig die Menschen, die gegen die Aufstellung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit geschichtlich unumstößlichen Daten und Fakten opponieren, als Geschichtsklitterer und, im Adenauer/Kohl'schen Jargon, als "selbsternannte Antifaschisten" bezeichnen?

Ich bin inzwischen auch der Meinung, daß die Handlögten/Venske-Geschichte zu viele Ungereimtheiten und zu wenig Beweise aufweist, aber ich verstehe das Mißtrauen, das viele innerhalb der Linken in den letzten Jahren gegen OB Menzel entwickelt haben. Darum sollte seine Enttäuschung über die Leichtgläubigen innerhalb der spärlichen Linken Wilhelmshavens für ihn ein Ansporn zum Nachdenken darüber sein, ob er nicht von sich selbst etwas enttäuscht ist.

Daß unserem Oberbürgermeister ein wenig die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft abhanden gekommen sind, beweist sein Zitat des Johannes Frauenburg aus dem Jahre 1476 dem „es kaum etwas hinzuzufügen gibt“. (Rede von OB Menzel am 17.4.) Die in diesem Zitate ausgedrückte Politik ist die des Absolutismus, des Kaiserreichs und auch die des faschistischen Deutschlands. Sie darf niemals die Wilhelmshavens werden.

Hannes Klöpffer

Dringender Aufruf an alle Frauen und Männer, die sich durch die etablierten Parteien, einschließlich der Wilhelmshavener Grünen, nicht mehr vertreten fühlen!



- Resignation ist keine Lösung ! -

KOMMUNALWAHL 1996

Die einzige politische
Alternative in WHV geht
neue Wege!

Infoveranstaltung am Mittwoch,
den 29. Mai '96 um 20.00 Uhr
in der Perspektive, Schellingstr.

Außergewöhnliche Umstände erfordern
pragmatisches Handeln.

Die Frauenliste möchte ihre bestehenden Strukturen ausweiten, um eine schlagkräftige politische Alternative in WHV zu bilden!

Zur personellen Verstärkung unserer politischen Arbeit brauchen wir dringend engagierte Powerfrauen und emanzipierte Männer!



POLITISCHE WÄSCHE

KOÛT CONTRA BIEHL, BIEHL CONTRA KOÛT....

Im letzten Gegenwind reagierte der Vorsitzende der Grünen, Werner Biehl, mit einem Leserbrief auf ein Gegenwind-Gespräch mit Andreas Koût, in dem dieser die Gründe für seinen Austritt aus den Grünen darlegte. Werner Biehl warf in seinem Leserbrief Andreas Koût vor, daß 1. er in erster Linie in der Frage der Asylantenunterbringung versagt hätte, daß 2. die Gruppe um Andreas jeder innerparteilichen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen sei, daß es 3. keinen unbemerkten Richtungskampf im Kreisverband gegeben habe, daß 4. die Sozis ihm ständig suggeriert hätten, daß man die Musikinitiative hätte retten können, wäre er nicht bei den GRÜNEN, daß 5. Andreas durch sein Pro-EXPO-Votum ein massives Auftreten der Grünen gegen die EXPO verhindert hätte und daß es ihm 6. nicht um die Lösung eines innerparteilichen Konflikts gegangen sei, weil er noch ein anderes Süppchen auf dem Herd hat.

Andreas Koût hat uns daraufhin gebeten, einen zwei Seiten langen Leserbrief zu den Vorwürfen abdruckend. Erst nach langen Diskussionen konnten wir, nachdem wir den Leserbrief um ca. ein Drittel gekürzt hatten, uns dazu durchringen, diese GEGENWIND-untypische Darstellung zu veröffentlichen.

Wahr und unwahr

Entgegnung zum Leserbrief von Werner Biehl, Kreisvorsitzender der Grünen, Gegenwind Nr. 133 vom März 1996

Der Leserbrief ist wider besseres Wissen gespickt mit irreführenden Darstellungen und Unwahrheiten.

1. Wahr ist, daß die Stadt für die Unterbringung von Asylsuchenden in den verschiedenen Unterkünften zuständig ist. Tatsache ist auch, daß die Unterbringung in den verschiedenen Unterkünften vielfach räumlich problematisch und qualitativ menschenunwürdig gewesen ist, dies teils mit Wissen der Stadt Wilhelmshaven.

Unwahr ist die allgemein unterstellte Tatenlosigkeit. In meiner Funktion als Ratscherr der Grünen habe ich mit verschiedensten Menschen in Ausschüssen, Gruppen und Institutionen diese Situation immer wieder erörtert. Dieter Meisel und ich haben beispielsweise als erste die Situation in der Gökerstraße 109 in Augenschein genommen und öffentlich gemacht; ebenso haben wir und andere, als Ansprechpartner von vielen AusländerInnen, immer wieder Hinweise auf Zustände in anderen Unterkünften erhalten und sind diesen handlungskonsequent nachgegangen. Initiativ haben wir regelmäßige Besuche unternommen und uns wechselseitig über Mißstände informiert. Beteiligt waren u.a. Mitglieder des Ausländerbeirates, des Jugendhilfe-, des Sozial- und des Gesundheitsausschusses, des DGB, der BIGAF, des Bündnisses „Viele Kulturen - eine Zukunft“ und des Infoladens.

Aufgrund auch in Wilhelmshaven zunehmender ausländerfeindlicher und rechtsradikaler Tendenzen haben die drei ehemaligen Grünen-Mitglieder Jürgen Mangels, Manfred Klöpfer und ich das institutionsübergreifende und überparteiliche Aktionsbündnis „Viele Kulturen - eine Zukunft“ mitgegründet und verschiedenste Veranstaltungen geplant, organisiert und durchgeführt, u.a. eine der größten Demonstrationen der Nachkriegszeit in Wilhelmshaven am 27. November 1992. 8000 Menschen aus Friesland und Wilhelmshaven waren auf der Straße. Der Vorstand des Wilhelmshaven-

ner Kreisverbandes war, ebenso wie die Fraktion und die Gruppe der Frauenliste, informiert von diesen und anderen Aktionen, informiert von der Recherche in den Flüchtlingsunterkünften und wurde von mir mehrfach aufgefordert, sich entsprechend zu aktivieren. Während die Frauenliste aus eigener Initiative und in Kooperation stets aktiv war, fand von Seiten des Kreisvorstandes eine Begleitung an den z.T. wenig öffentlichkeitswirksamen, zeitintensiven und sensiblen Recherchen in den Flüchtlingsheimen kein Interesse, ebenso wenig wie z.B. die arbeitsreiche Vorbereitung von Informationsveranstaltungen zur Ausländerpolitik oder anderen Themen. Beispielhaft genannt seien solche zur Obdachlosenproblematik, zum Thema AIDS oder Drogen, Jugendpolitik, Antifaschismus, 1. Mai, 9. November oder die Beteiligung am Arbeitskampf der Olympianer. Bei Abwesenheit von Blitzlichtgewittern waren immer nur zwei bis drei Grüne bzw. Grünennahe zu sehen, zu oft nur oben Genannte.

Der Kreisvorsitzende wurde zusätzlich persönlich informiert, nachdem Dieter Meisel und ich beim Besuch der Unterkunft Gökerstr.109 im Februar 1993 vom Betreiber Andreas Czech von der Beteiligung Werner Biehls an der 109-Geschichte erfahren. Andreas Czech schilderte die langen Abende, an denen man die private Flüchtlingsunterkunft gemeinsam mit Familienfreund Werner Biehl plante, damit Czechs mit einfachen Mitteln ihrer wirtschaftlichen Schieflage entkommen! Von mir befragt, schilderte er die Zustände der Unterkunft 1993 als verheerend, später nahm er einmal das Wort „faschistoid“ in den Mund. Während wir also, aus verschiedensten Gruppierungen und Fraktionen heraus operierend, die damaligen Zustände in den Heimen in Augenschein nahmen und im Interesse der Insassen verbessern wollten, konnte Werner Biehl die Verhältnisse in der Göker 109 im Detail.

2. In der Nacht des 19. Januar erklärte ich meinen Austritt aus dem Kreisverband Wilhelmshaven der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Diese bedauerliche Konsequenz wurde für mich nach vier Wochen ausführlicher und z.T. entnervender, weil wenig sachorientierter, parteiinterner Diskussionen unvermeidlich. Auch alle anderen Beteiligten haben sich diesen Schritt nicht leicht gemacht. Leider sind wir mit unserem linksliberalen Grundverständnis einer grünen Partei in Wilhelmshaven zunächst gescheitert. Wir hätten uns bei Strafe des Verlustes unserer eigenen Glaubwürdigkeit nicht länger unter ihrem Dach aufhalten dürfen. All dies ist in den vergangenen Wochen hinreichend beleuchtet worden (WZ, JeWoBl, Gegen-

wind-Interview), so daß ich auf eine erneute ausführliche Kommentierung verzichten kann.

Der Schritt wäre ohne die uneinsichtige Kirchturmpolitik eines nunmehr ernannten Oberbürgermeister-Kandidaten und seiner SteigbügelhalterInnen im Wilhelmshavener Kreisvorstand vermeidbar gewesen. Hier wurden grüne Grundhaltungen, so wie ich sie verstehe, verlassen. Ich habe ein Stück politischer Heimat, zumindest in der Wilhelmshavener Parteienlandschaft, verloren. Besonders bedauere ich die Folgen meines Schrittes wegen Marianne Fröhling und Gerd Kläne. Mit beiden bestand stets eine Ebene vertrauensvoller und freundschaftlicher Zusammenarbeit, wenngleich sie zum Anlaß des derweil üppigen Disputes kaum Stellung bezogen haben.

3. Seit Anfang 1995 gab es Fraktions- und Vorstandssitzungen, auf denen ein Zusammengehen mit der CDU ins Auge gefaßt wurde. Erste Vorverhandlungen fanden statt.

Kurz nach meinem Rücktritt war ich auf der Wiedereröffnung der Wilhelmshavener Jugendkunstschule am Banter Deich. Oberbürgermeister Eberhard Menzel informierte mich, daß es auf der zweiten kleinen Haushaltssitzung im Februar einen konkreten Vorstoß von Seiten der Grünen gegeben hatte, mit der CDU schon in der laufenden Legislaturperiode eng zusammenzuarbeiten, um dann eine Gruppenbildung nach der Kommunalwahl anzustreben, ggf. also auch mit dieser Aussage in den Wahlkampf zu gehen. Nach meinem Weggang lehnte die CDU jedoch beides ironischerweise ab.

Unbemerkter Richtungskampf in 95/96? Na klar, denn zu keinem Zeitpunkt erkannte die Mitgliederversammlung die Tragweite oder hat Beschlüsse gefaßt; Gespräche des KV wurden ohne Mandat geführt. Die Gruppe linker und linksliberaler Kräfte innerhalb der Grünen hat jenen Diskurs zunächst nicht ernst genug genommen. Dieses Versäumnis hätte Werner Biehl in seinem Leserbrief uns zu Recht um die Ohren schlagen können!

4. Die Musikinitiative, von Werner Biehl als „mein Kind“ titulierte, hatte in Wirklichkeit über 300 Eltern, nämlich die selbstverwalteten MusikerInnen und Musiker und ihre Förderer. Die Arbeitsverträge von Marina Speckmann und mir sind bereits im November 1994 (!) ausgelaufen. Inhaltlich will ich in diesem Rahmen nicht erneut darstellen, wieso die Arbeitsverträge dieses damals größten selbstverwalteten niedersächsischen Rockmusikprojektes nicht verlängert wurden. Versichern kann ich jedoch, daß über Parteigrenzen hinweg alles getan wurde, um das Jugendkulturprojekt am Leben zu erhalten. Vertreter der CDU, der FDP, der Grünen und der Frauenliste haben ihr Möglichstes im Rahmen der Haushaltslage Wilhelmshavens getan. Das letzte große Spitzengespräch fand vor einem Jahr, am 14. Februar 1995, statt. Niemand vom genannten Kreis hat sich nach meinem Parteibuch erkundigt, bzw. sein Engagement davon abhängig gemacht. Es ging um die Sache! Bemerkenswert: Nach meinem Rücktritt als Ratscherr kündigt Werner Biehl seine Bürgerschaft für das Probenhaus der Musikinitiative!

5. Zu dem mir unterstellten „abweichenden Votum“: Werner Biehl behauptet, ich hätte zu irgendeinem Zeitpunkt in öffentlicher oder nichtöffentlicher Rats- oder Ausschußsitzung für die EXPO gestimmt. Richtig ist, daß ich zukunftsweisende Wirtschafts-, Ökologie-, Wissenschafts-, Tourismus-, Kultur- und Jugendprojekte in Wilhelmshaven für unabdingbar halte, wenn der Gassenka-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Leserbrief Koût

lauer „Rechts das Wasser, links der Abgrund“ nicht weiter die Runde machen soll. Sollte das die unterstellte „abweichende Haltung“ sein“?

Doch zurück: Eine EXPO kann, unvoreingenommen gedacht und umweltverträglich geplant, mit Wilhelmshaven als Außenstandort in die Verkehrs- und Infrastrukturplanung einbezogen, angemessenen über den Austragungszeitpunkt der EXPO hinausweisenden Zielen, effektiver Nachnutzung, realistischen Finanzkonzepten, anwohnersensibler Durchführung etc. durchaus ein Gewinn im oben angedeuteten Sinne sein. Beschlusreife inhaltliche und finanzielle Konzepte in diesem Sinne lagen meines Erachtens im Oktober '95 noch nicht vor bzw. konnten wegen anderer „Gentlemen's-Agreements“ und Planungen der hannoverschen EXPO-Gesellschaft, bezogen auf große Außenstandorte (Stichwort „Bitterfeld“), nicht wirklich vorliegen. So habe ich nicht für das vorgestellte Konzept „Schleuseninsel“ stimmen können. Als die Hoffnungen der Stadtverwaltung auf einen Geldregen des Landes Niedersachsen in einer Biegung der Jade begraben wurden, ist in einem Schnellschuß auf einer (!) DIN-A4 Seite nachgedacht worden, wie Wilhelmshaven trotzdem als Außenstandort, diesmal rund um den „Großen Hafen“, für die EXPO registriert werden könne: Zunächst einmal eine kleine, aber feine, unter dem Diktat der angespannten Wilhelmshavener Haushaltslage realistische und angemessene Idee: Nachnutzung mit dann installiertem Küstenmuseum, Planetarium, Open-Air-Flächen, Hotels... Planung unter Federführung der veranstaltungserfahrenen „Freizeit“. Aber: Keine Planungsdaten, keine inhaltliche Kontur, kein detaillierter Finanzplan. Auf einem DIN-A4-Blatt und in der Kürze der Zeit wohl auch kaum darstellbar. So habe ich mich auf dieser Ratssitzung für eine Vertagung ausgesprochen, bis beschlusreife Planungsdaten vorliegen und entsprechend abgestimmt. Auf der folgenden Mitgliederversammlung der Grünen wurde ich fürchterlich gerügt. Warum eigentlich? Vor einigen Tagen, in der März-Ratssitzung, haben die Grünen dem vorgestellten Konzept „Großer Hafen“ (klein, aber fein) zugestimmt.

6. Über Sümpfe, Niederungen und Begegnungen der ersten, zweiten und dritten Art in meiner doch geliebten Heimatstadt könnte ich mich trefflich auslassen, will dies aber im gebotenen und bereits gesprengten Rahmen nicht tun. Wie kann der OB-Kandidat der Grünen den Sumpf der Provinzneurosen und Provinzmegalomanie austrocknen wollen, von dem und in dem er selber lebt? Die Antwort überlasse ich - in Tradition unseres grünen Leserbriefschreibers - dem Leser, der Leserin.

Die im Leserbrief von Werner Biehl als Aktion „dieser Leute“ gezeichnete Findung von neuen linken und linksliberalen Mitgliedern, geeigneten inhaltlich kompetenten RatskandidatInnen mit öffentlichem Bekanntheitsgrad, von wählbaren Menschen, die sich in der schwierigen Wilhelmshavener Kommunalpolitik im Rahmen wechselseitiger Kompetenzen qualitativ und quantitativ durchsetzen könnten, hat tatsächlich stattgefunden. Ich habe u.a. aktiv daran mitgewirkt, Menschen wie Manfred Klöpffer, engagierter DGB-Kreisvorsitzender, Jürgen Mangels, Pumpwerk-Verwaltungsleiter und Mitinitiator des Bündnisses „Viele Kulturen - eine Zukunft“, Dr. Hanni Schumacher, Begründer und Hauptsponsor des privaten Kulturzentrums „Kling Klang“, Edgar Schäfer, Regieassistent und Sozialwissenschaftler mit umfassenden Politikerfahrungen, Holger „Fritz“ Lürßen, Punk der ersten Stunde und Eckhard Kelch, konvertiertes SPD-Mitglied mit umfassender Stadtjugendring- und Jugendhilfeausschuß-Erfahrung und viele aus

verständlichen Gründen nicht Genannte, für die Arbeit der Wilhelmshavener Grünen zu gewinnen. Schließlich wollten wir, d'Hondtsches Zählverfahren hin oder her, eine Kommunalwahl gewinnen!

Werner Biehl behauptet, ich hätte „mehr Leute meines Vertrauens in der SPD-Fraktion“ als in „meiner eigenen Partei“. Ich könnte nun noch einen draufsetzen und behaupten, ich hätte mehr Leute meines Vertrauens außerhalb der SPD-Fraktion, als in meiner ehemaligen Partei - was der Sache und meinem gelebten und geliebten Leben schon näher käme. Doch kehren wir zum Ernst der Dinge zurück. In Wirklichkeit habe ich so etwas nie behauptet, und es bestand auch kein Anlaß dazu. Erinnern kann ich mich lediglich an die Aussage innerhalb einer Fraktionssitzung „...ich habe auch noch Leute meines Vertrauens außerhalb der Grünen...“, als ich im Sinne des Vertrauensschutzes einen Informanten nicht preisgeben wollte. Solch altbackenes Ethos nehme ich jedenfalls durchaus ernst.

Die letzte Behauptung des Werner Biehl, zur „anderen Suppe, die noch auf dem Herd stehen“ soll, nämlich u.a. die mit der SPD: Obwohl ich von Anfragen werdender und seiender Parteien wußte, SPD-UB-Vorsitzender Norbert Schmidt mich „mit Kußhand“ aufnehmen wollte, ist ein Fraktionswechsel für mich nicht in Betracht gekommen. Kaum hätte ich dann mein Mandat abgegeben, schon im Interesse der Wählerinnen und Wähler, die neben den Grünen 1991 ja auch mich gewählt haben, ihre politischen Anliegen im Rat, den Ausschüssen, Aufsichtsräten und Kuratorien zu ver-

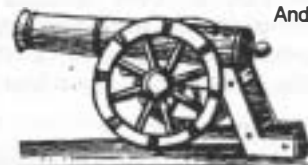
treten. Heute, mit gehörigem Abstand, komme ich darüber ins Grübeln!

Mein in der Kommunalwahl 1991 errungenes Mandat erachtete ich als dem KV der Grünen zugehörig, und es war und ist für mich eine Ehrensache, persönlich auf eben dieses zu verzichten. Das entsprechende Verfahren habe ich noch am 19. Januar, kurz vor Mitternacht, schriftlich eingeleitet und zeitgleich postalisch an den Kreisverband, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor adressiert.

Alle in meiner Entgegnung genannten Fakten sind durch Protokolle und Zeugen belegbar und nachweisbar. Nicht alle Zusammenhänge konnten vollständig geschildert werden. Dies hätte den Rahmen endgültig gesprengt.

Ausdrücklich bedanke ich mich für die wohl ironisch gemeinten guten Wünsche Werner Biehls und gebe die meinen nunmehr weiter an die aufgekklärten linken Kräfte innerhalb des grünen Kreisverbandes Wilhelmshaven. Mögen sie sich qualitativ und argumentativ, wie sich in den letzten Wochen schon andeutete, durchsetzen und dem profilsüchtigen Etikettenschwindel unter dem Deckmantel der grünen Bewegung ein demokratisches Finale bereiten!

Andreas Koût

**Die Grünen waren immer informiert**

Zum Leserbrief von Werner Biehl, Kreisvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Wilhelmshaven im Gegenwind Nr. 133

Wir waren doch sehr erstaunt über die Äußerungen von Werner Biehl zu der kommunalpolitischen Tätigkeit von Andreas Koût. Wir hätten nicht gedacht, daß es bei den „Grünen“ möglich ist, so unfair mit jemandem umzugehen, der doch lange Jahre hervorragende Arbeit für die „Grünen“ geleistet hat. Zumal ja auch Andreas ausgesprochen fair mit seiner Partei umgegangen ist. Nachdem ihm die Mitarbeit von seinem Selbstverständnis her nicht mehr möglich war, ist er ausgetreten und hat sein Ratsmandat zurückgegeben. Es verwundert uns daher um so mehr, daß Werner Biehl nun versucht, das große Engagement von Andreas in Frage zu stellen. Es ist sicher zutreffend, daß Andreas auch mit den Ratsmitgliedern aus anderen Parteien vertrauensvoll zusammengearbeitet hat. Aber dieses hohe Ansehen über alle Parteigrenzen hinweg hat er sich doch durch seinen Einsatz, seine Offenheit, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit erworben. Bei Werner Biehl klingt das, als hätte Andreas „subversive Verbindungen“ zu Ratsmitgliedern der SPD gepflegt. Wer Andreas kennt, weiß, daß das der reine Unsinn ist!

Auch die Vorwürfe gegen Andreas in Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Personen in der Gökerstr. 109 sind völlig unsinnig. Andreas hat sich in vielen Zusammenhängen (z.B. Bündnis „Viele Kulturen - Eine Zukunft“, BIGAF, Ausländerbeirat) da-

für eingesetzt, daß dort niemand mehr untergebracht wird. Und wenn dies doch weiterhin geschehen sollte, dann unter menschenwürdigen Bedingungen. Diese Dinge sind zumindest in den Gruppensitzungen von „Grünen“ und Frauenliste, an denen Ratsmitglieder teilnehmen, mehr als einmal thematisiert worden. Und auch Andreas hat hier seine Kenntnisse über die Zustände in diesem Haus weitergegeben. Die „Grünen“ waren also informiert. Es verwundert uns darum um so mehr, daß nun die Betreiber dieser Unterkunft auf der Liste zu den Kommunalwahlen für „Bündnis 90/Die Grünen“ kandidieren.

Andreas hat engagiert Politik für Jugendliche, benachteiligte Personen und den Kulturbereich in unserer Stadt gemacht. Ihm - wie Werner Biehl es macht - vorzuwerfen, daß es ihm dabei lediglich um seine persönlichen Interessen bei der Musikerinitiative gegangen ist, ist schlicht und einfach unredlich und stellt eigentlich nur den Schreiber dieser Zeilen bloß.

Die völlig ungerechtfertigten Vorwürfe von Werner Biehl an die Adresse von Andreas Koût können auch nicht damit entschuldigt werden, daß es bei den nächsten Kommunalwahlen darum geht, einen „Sumpf trocken-zulegen“. Das kann man nur, wenn man selbst sauber und ehrlich bleibt und seine so oft öffentlich verlautbarten Grundsätze für die Moral in der Politik auch selber beherzigt.

Monika Schwarz

Helga Weinstock-Renzen

Kleinkram?

Ein vielfach benutztes Argument in Sachen Umweltschutz ist dieses, daß, würden die UnternehmerInnen Initiative an den Tag legen, wesentlich mehr erreicht werden könnte.

Ein anderes, ebenso bekanntes Argument besagt in gleicher Sache, daß, würden die PolitikerInnen Initiative zeigen, wesentlich mehr erreicht werden würde.

Ein Mißverständnis? Schuldzuweisungen? Zum Glück, so sagt sich mancher, gibt es ja (noch) den Bürger!

Ich jedenfalls entschied mich dazu, beide Positionen auf die Probe zu stellen...

Lange nervten mich schon diese elenden Taxis, die, ob Sommer oder Winter, ob tags oder nachts, in beharrlicher Kontinuität vor sich hin stanken. Die Alternative, den Motor abzustellen, war keine, da, so versicherten mir die Taxifahrer, siedannunweigerlich erfrieren müßten (mal sehen, was die Jungs sich im Sommer einfallen lassen).

Diese Schuld - obwohl? Nein - diese Schuld wollte ich nicht auf mich laden und entschied mich für den anerkannten demokratischen Weg. Viel Papier, viel Zeit, viel Geld, und ich hatte ein wunderschönes Schreiben verfaßt, das ich an neun Taxiunternehmen in Wilhelmshaven, an zwei in Schortens und an eins in Jever verschickte. Was drin stand? In freundlichen Worten informierte ich über die Folgen der Umweltverschmutzung und erläuterte einen Weg, wie sie der Umwelt und ihren Fahrzeugen Gutes tun könnten. Ob sie gedacht haben, ich will ihnen etwas verkaufen? Zumindest könnten sie, wenn sie sich für den Einbau eines Latentwärmespeichers entscheiden, den Motor- und Innenraum des Fahrzeugs vorwärmen, um einen umweltschädlichen Kaltstart zu vermeiden, außerdem den Innenraum ohne laufenden Motor heizen, damit die Fahrer nicht am Erfrierungstode stürben (Ein LWS funktioniert ähnlich wie eine Thermosflasche, Geräte- und Einbaukosten gesamt 1320,-DM). Viel Geld? Deswegen hatte ich den Taxiunternehmen vorgeschlagen, die Städte/Kommunen zur Hälfte an den Kosten zu beteiligen.

Ungefähr zeitgleich nahm ich Verbindung mit dem umweltpolitischen Sprecher der SPD, Ratsherr Hans Hartmann, auf, um ihn für diese Idee zu gewinnen. Wilhelmshaven hat ca. 50 Taxen, was bei 50%iger Beteiligung der Stadt 33.000 DM macht - immerhin wäre so im ohnehin desolaten Haushalt eine sinnvolle Ausgabe vorzuweisen. Leider erkannte Herr Hartmann seine Chance nicht; statt dessen versuchte er mir zu erklären, daß es sich bei dieser (Umwelt-)Problematik anscheinend um ein persönliches Problem handele (ich hab's auch nicht begriffen). Auf jeden Fall würde nichts draus und auch die Resonanz der Taxiunternehmen ist gleich null, und die Taxen stinken weiter munter vor sich hin.

Samuel Klar c/o Scharf
Eichenstr. 4; 26419 Schortens

Ständige Termine

**ADFC (ALLGEMEINER DEUTSCHER FAHR-
RAD-CLUB) KREISVERBAND WILHELMS-
HAVEN:** Treffen jd. 1. Do im Monat, 20 Uhr,
Ruscherei. Kontakt: 04421-83221.

**ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WIL-
HELMSHAVEN:** jd. letzten Mi. i. Monat, 20 Uhr,
Willi-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler
Str. 63.

**AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-
VERBRENNUNG:** Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

**ARBEITSKREISSEXUALISTISCHER MACHT-
MISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERA-
TUNG:** c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-
13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache;
Treffen jd. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im
Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 21641 o.
23290.

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN:
Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-
Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz,
Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

**BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ
IN DEUTSCHLAND (BUND):** OG Wilhelmshaven
um 20 Uhr im Tarish, WHV. Kontakt:
04421-82352 u. 81307.

**BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDER-
FEINDLICHKEIT (BIGAF):** Tel. 44044

**BUW (BÜRGERINITIATIVE UMWELT-
SCHUTZ WILHELMSHAVEN):** H. Klöpfer,
Weserstr. 33, Tel. 04421-44000

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH Treffen u.
Beratung.

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat 15.30
Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Ge-
meindehaus Banter Kirche

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. + 4.
Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im
Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel. 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17
Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel. 22234, Tag-
und Nachtbereitschaft

FRAUENLISTE: Büro Rheinstr. 168, Tel. 201940;
jd. 2. Mi. i. M. 20 Uhr Treffpunkt Kommunalpolitik;
Informationen: Tel.: 87236

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN:
jd. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im PUMPWERK
GRAUE PANTHER: Jd. Montag ab 16 Uhr, Kirch-
reihe 18a.

GREENPEACE: Kontakt: 23114.

GRÜNE: Grünes Büro, Ulmenstr. 26; Tel.: 37120
Bürozeiten: Di. 10-12 Uhr, Mi. 17-18 Uhr. Kom-
munal-AG montags vor der Ratssitzung. Mitglieder-
versammlung siehe Aushang am Büro und Presse

INFOLADEN: Do. 19-22 Uhr Antifa-Café/jd. 1.+3.
Do. i.M. Antifa-Plenum; jd. 2. Do. ab 20 Uhr Kur-
distan Komitee; jd. Fr. 20.00 Kurdischer Treff; Sa.
ab 15 Uhr Info-Café; jd. 3.+4. So. ab 16 Uhr Frau-
ennachmittag; Ausländer- und AsylberberInnen-
beratung: jd. Di. + Do. 16-18 Uhr (Kontakt: 81011
Klöpfer o. 21641 DGB). Treffpunkt Kling Klang.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-
21 Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

**INTERNATIONALER MÄDCHENGE-
SPRÄCHSKREIS:** Kontakt 30 59 13

JUSOS IN WHV: 14täg. Mittw. 20.30 Uhr
öffentl. MV: Jugendheim Kirchreihe 18a; Info-
Tel.: 32879 o. 44833

**LANDEsarbeitsgemeinschaft ROCK IN
NIEDERSACHSEN (LAG ROCK) REGIO-
NALBÜRO WILHELMSHAVEN:** Musiker- und
VeranstalterInnenberatung, Tel./Fax 04421-42773.

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21
Uhr

PROBLEMTTELEFON-TELEFONSELSORGE
Tägl. 17-21 Uhr; Tel. 11103

PRO FAMILIA: Ärztliche, soziale und psycholo-
gische Beratungsstunden für Jugendliche und
Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

SCHLÜSSELBLUME E.V.: Beratungs-, Kontakt-
und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an
Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE: (Wilhelmshaven-
Nordsee) Treff jd. Do ab 21 Uhr im "mai pen lai",
Ebertstr. 128; Schwules Café jd. So ab 15 Uhr i.
d. W'havener AIDS-Hilfe (s.u.); schwules Berat.tel.
So 14-16 Uhr 04421-19411.

**SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER
FRAUEN:** jd. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71.
Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim
Kirchreihe 18a

**SOS-BERATUNGSSTELLE UND WOHN-
GRUPPE** für Jugendliche und junge Erwachsene:
Danziger Str. 31; Tel.: 12711; Putziger Str. 3; Tel.:
53313; Termine nach Vereinbarung

SOZIALISTISCHER ARBEITSKREIS: (Banter
Kreis) Tel.: 44833

STADTSCHEULERRAT: Jd. 1.+ 3. Mo. im Monat
(außer i.d. Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe
18a; Kontakt: Insa Cassens, Am Siel 11, Tel. 61655.

STILLGRUPPE: Di. 15 Uhr, Heike Drenker, Am
Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/7500

TEESTUBE BANT: Teestube derevang. Jugend Bant,
Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TELEFONSELSORGE: 11103 tgl. 17-23 Uhr.

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven,
Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Mittels-
fähr; Tel. 04421/701055; jd. 1.+ 3. So. 17 Uhr im
TARISH

**VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER
UND VÄTER:** Jd. 4. Fr. im Monat um 20.30 Uhr,
Krähenbusch; Kontakt: 04421/202607

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo.
20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str.
139; Tel. 21149 (Büro); Öffnungszeiten Mo-Fr 10-16
Uhr, offenes Café Mo-Fr 13-16 Uhr, tel. Beratung
unter 19411 Mo-Fr 10-16 Uhr; persönl. Beratung u.
Gruppenveranst. nach Absprache.

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahmestelle
für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegen-
stände, Kleinmöbel Mo.-Do. 10-16 Uhr, Sa. 10-13
Uhr; Vereinstreff: jd. Do. ab 19 Uhr, Weserstr. 47

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE:
MusikerInnenhaus Banter Deich 8; Tel. 44699, 11 bis
19 Uhr

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-
22 Uhr, Gewerkschaftshaus Kielerstr. 63

*Für die ständigen Termine bitten wir
die aufgeführten Gruppen gegebenen-
falls um Korrekturen*



Wilhelmshaven ächzt unter der tonnenschweren Last des verklünnerten Plattenbaus zwischen Ebert- und Bahnhofstraße, der schon jetzt den Bahnhof und in Kürze wohl auch die gesamte Marktstraße ersetzen soll. Die zumeist älteren ZuschauerInnen bringen ihr Grauen nicht nur hinter vorgehaltener Hand zum Ausdruck: "Unglaublich", "Ekelhaft", "Scheußlich", ja sogar Forderungen, daß die Verantwortlichen dafür eingesperrt gehören - das sind einige der Äußerungen, die wir innerhalb einer Viertelstunde am Bauzaun aufschneiden konnten.

Besucher der Stadt schlagen, "Großer Gott" stammelnd, die Hände über dem Kopf zusammen. Fachleute mögen gar nicht glauben, daß der auf dem Bauschild genannte Architekt dafür verantwortlich sein soll: "Der hat doch einen so guten Namen!" So glaubt auch kaum noch jemand daran, daß die Türmchen, Glas- und Stahlverkleidungen dem Bau noch etwas

von seinem Bunkercharakter nehmen können. Zu sehr prägen die langen Seitenflügel das gesamte Gebäude.

Während der Bau weiterfortschreitet, packen die alteingesessenen Geschäftsleute Wilhelmshavens (Ostendorf, Tiemann, Jahnke, Freese, Falkenberg) ihre Sachen und ziehen sich aufs Altenteil zurück oder wenden sich neuen Zielen zu. Der Marktstraßenbereich entwickelt sich mit ungeheurer Geschwindigkeit zu einer Meile von Billiganbietern des Schuh- und Textilgewerbes, Frittenbuden und anderen namen- und gesichtslosen Geschäften. Wenn die Nordseepassage dann irgendwann einmal ihre Pforten öffnet, werden weitere Geschäfte um des Überlebens willen dorthin übersiedeln. Wahrhaft eine städtebauliche Meisterleistung! (hk)

Das obige Bild ist als Aufkleber im Reisezentrum (so heißen Bahnhöfe heute) erhältlich.

KÜSTENAKTIONSTAG

MIT AKTIONEN GEMEINSAM FÜR ARBEIT UND GERECHTIGKEIT

Arbeitnehmer und Gewerkschaften werden in den Betrieben und in der Öffentlichkeit mit Aktionen Druck machen. Für Arbeitsplätze und für Gerechtigkeit. Für diese Ziele setzen sich Arbeitnehmer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und neben dem DGB und allen Einzelgewerkschaften auch zahlreiche weitere gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen und Sozialverbände ein.

10. MAI UM 13.00 UHR

THEATERPLATZ

Gegen die Sparbeschlüsse der Bonner Regierungskoalition, die den Leuten, denen es sowieso schon dreckig geht, noch den letzten Groschen für ihre dubiosen Ziele aus den Taschen ziehen will.

Redaktion GEGENWIND



Kultur - Kommunikation

KLING KLING

Musik für Dich

Jeden Mittwoch ab 21⁰⁰ Uhr

"DJ's against mainstream" smasher from the underground

Jeden Samstag ab 22⁰⁰ Uhr

Der DJ läuft heiß! ...die Drinks bleiben kühl

Sonntags immer ab 20⁰⁰ Uhr

"Durch den Park mit Steven Spielberg"

Frühstück im Kling Klang

*Sonntags ab 11⁰⁰ Uhr
...sonst jeden Tag ab 10⁰⁰ Uhr*

Kling Klang Hot Line

Konzerttips und andere Veranstaltungen

04421/136367

Börsenstr. 73
26382 Wilhelmshaven

KLING KLING

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics

u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven

Tel. (04421) 4 21 84

VIELE KULTUREN - EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance